wirtschaftskammer biel-seeland / chambre économique bienne-seeland

HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS BERN
Sektion Biel-Seeland / Berner Jura

Bieler KMU PME Biennoises

Medienmitteilung *Veröffentlichung: 9. November 2026*

Geplante Steuererhöhung der Stadt Biel ist kontraproduktiv

Die regionalen Wirtschaftsverbände lehnen die von der Stadt Biel für 2027 geplante Steuererhöhung ab. Sie warnen vor negativen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Arbeitsplätze und fordern eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Biel.

Die Wirtschaftskammer Biel-Seeland, der Handels- und Industrieverein Biel-Seeland/Berner Jura sowie der kmu Biel zeigen sich tief besorgt über die von der Stadt Biel im Rahmen des Budgets 2027 geplante Steuererhöhung. Vorgesehen ist eine Anhebung der Gemeindesteueranlage um mehr als 6 % auf 1,73. Aus Sicht der Wirtschaftsverbände würde dieser Schritt die Standortattraktivität Biels erheblich beeinträchtigen und die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen zusätzlich schwächen.

Bereits heute zählt der Kanton Bern zu den Kantonen mit einer hohen steuerlichen Belastung für Unternehmen. Mit der geplanten Erhöhung würde die Stadt Biel künftig eine Steueranlage aufweisen, die nicht nur über dem kantonalen Durchschnitt, sondern auch über jener der Städte Bern und Thun sowie der Nachbargemeinden Evilard, Nidau und Lyss liegt.

Einschränkungen statt Entlastungen

Unternehmerisches Wachstum setzt Investitionen voraus. Eine hohe Steuerbelastung schränkt jedoch den finanziellen Handlungsspielraum der Unternehmen ein und erschwert es ihnen, in Innovation, Entwicklung und neue Arbeitsplätze zu investieren. Bereits heute sehen sich Berner Unternehmen veranlasst, für den Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit Standorte in anderen Kantonen in Betracht zu ziehen. Die geplante Steuererhöhung in Biel droht diese Entwicklung weiter zu verstärken, mit negativen Folgen für die Beschäftigungslage, die regionale Wertschöpfung und langfristig auch für die Steuereinnahmen.

Besonders unverständlich erscheint die geplante Erhöhung vor dem Hintergrund, dass der Kanton Bern für 2027 eine leichte Senkung der Unternehmenssteuern vorsieht. Die kommunale Steuererhöhung würde diese kantonale Entlastung für die Bieler Unternehmen weitgehend zunichtemachen und damit eine dringend notwendige Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verhindern.

Weitreichende Konsequenzen

Gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die das Rückgrat der regionalen Wirtschaft bilden, könnte eine zusätzliche Steuerbelastung weitreichende Konsequenzen haben. Sie erhöht den Druck, bestehende Unternehmensstrukturen zu überprüfen, steuerliche Optimierungsmöglichkeiten auszuschöpfen oder künftige Investitionen und einzelne Geschäftsaktivitäten an steuerlich attraktivere Standorte zu verlagern.

Angesichts der bereits anspruchsvollen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen setzen sich die Wirtschaftsverbände gegen eine weitere Erhöhung der Unternehmenssteuerbelastung ein. Statt zusätzlicher Belastungen braucht es eine vorausschauende Steuerpolitik, die Investitionen fördert, Arbeitsplätze sichert und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Biel nachhaltig stärkt. Die Wirtschaftsverbände fordern deshalb die Stadt Biel auf, auf die geplante Steuererhöhung zu verzichten, und appellieren gleichzeitig an den Kanton Bern, die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen konsequent zu verbessern.

Für Fragen stehen zur Verfügung:

- Joël Pauli, Präsident Wirtschaftskammer Biel-Seeland, Tel. 032 344 88 44
- Fabian Engel, Präsident Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, Sektion Biel-Seeland / Berner Jura, Tel. 032 346 16 16
- Miriam Stebler, Präsidentin Gewerbeverband Biel / Bieler KMU, Tel. 032 328 50 60